

Presseinformation 34/2024

Wer blockiert den Klimaschutz?

Die UN informiert, im Juli seien Hunderte Millionen Menschen von extremer Hitze betroffen gewesen. Der Monat war global einer der heißesten Monate seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Immer wieder warnt auch UN-Generalsekretär António Guterres, dass die Erde heißer werde und für alle Menschen überall gefährlicher. Treibhausgase aus menschlicher Tätigkeit verändern weltweit das Klima. Doch mit zunehmender Klimakrise verdrängen immer mehr Menschen die daraus resultierenden Gefahren und flüchten stattdessen in oftmals krude und faktenlose Allgemeinplätze.

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt verweist auf eine Veröffentlichung, die das System der Klimablokierer beschreibt. Das Buch: „[Climate Obstruction Across Europe](#)“, koordiniert vom Climate Social Science Network (CSSN) und veröffentlicht bei Oxford University Press, enthüllt ausgedehnte Netzwerke, die Klimaschutzmaßnahmen in der Region und den umliegenden Staaten behindern. Für Deutschland kommen die Autoren zu der Einschätzung, dass rechtsextreme Netzwerke Fehlinformationen verbreiten, indem sie die Gültigkeit der Klimawissenschaft infrage stellen. Hinzu käme, dass in Europa ansässige fossile Brennstoffindustrien Greenwashing betreiben würden, indem sie Gas als „für die Energiewende entscheidende Brückentechnologie“ darstellen und so echte Fortschritte verzögern.

Bekanntlich transportieren neben den rechtsradikalen Parteien in Deutschland auch konservative Parteien wie die CDU, CSU, FDP oder das BSW die Positionen der Klimablokierer, obwohl die Auswirkungen des Klimawandels von Jahr zu Jahr zu mehr Wohlstandsverlust und zu großen Schäden führt, so der nachhaltige Wirtschaftsverband. Er warnt deshalb davor, weiter mit populistischen Forderungen, wie Verhandlungen mit dem russischen Kriegstreiber über billiges Gas oder den Bau von teuren und risikoreichen Atomkraftwerken auf Stimmenfang zu gehen. Beides würde kein Beitrag zum Klimaschutz leisten, die Klimakrise anheizen und die Menschen weiter verunsichern.

Die Blockade der Klimapolitik, klimaschädliche Subventionen oder unrealistische Forderungen nach dem Bau von Atomkraftwerken seien vorsätzliche Handlungen und Bemühungen, politische Maßnahmen zum Klimawandel zu verlangsamen. Eine solche Blockadepolitik, so die Autoren der oben genannten Studie, sei *„nicht nur gegen den Klimaschutz; sie sei undemokratisch, da sie transparente Entscheidungsprozesse behindere, den öffentlichen Diskurs verzerre und das Recht der Öffentlichkeit auf genaue Informationen untergrabe“*. Angesichts der anstehenden Landtagswahlen warnt der Wirtschaftsverband vor einem Desaster in der Klimapolitik und ruft dazu auf, die wirklich entscheidenden Fragen der zunehmenden Klimakrise anzupacken, bevor es zu spät sei.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 26. August 2024